

FDP-Kreistagsfraktion- Ostholstein

Pressemitteilung

Dezember 2009

In seinem Beitrag zum Jahreswechsel geht der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion Manfred Breiter noch einmal auf einige politische Ereignisse und Schwerpunkte des zurückliegenden Jahres ein.

Der Konjunkturaufschwung der letzten zwei/drei Jahre habe die Steuerquellen erfreulich sprudeln lassen. Davon haben auch die kommunalen Haushalte reichlich profitiert, sagte Breiter. Leider sei diese Phase schneller zu Ende gegangen als wir uns dies wünschten. Ursache dafür sei die Finanzmarktkrise, die sich zu einer Wirtschaftskrise ausweitete. Dies habe spürbare Auswirkungen auf die Auftragslage der Unternehmen und die Arbeitsplätze, so Breiter

In deren Folge sei es bereits im Jahr 2009 zu drastischen Einbrüchen bei den Steuereinnahmen gekommen, die sich 2010 verstärkt fortsetzen werden.

Wie bei den Haushaltsberatungen des Kreistages am 08. Dezember 2009 deutlich wurde, bleibe das auch für den Kreis Ostholstein nicht ohne Folgen, sagte der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion. Bereits 2010 werde der Haushaltsfehlbetrag wieder mehr als 7 Millionen EURO betragen und bis 2013 auf rd. 17 Millionen EURO steigen.

Bei dieser Ausgangslage verbiete es sich für alle politisch Verantwortlichen, großzügig weitere freiwillige Ausgaben zu beschließen, sagte Breiter.

Dies gelte offensichtlich nicht für die SPD-Kreistagsfraktion, die zu den Haushaltsberatungen des Kreises Ostholstein für den Haushalt 2010 zusätzliche Ausgaben in Höhe von ca. einer halben Million EURO beantragte.

Mit solchen Aktionen versuche die SPD ihre vermeintliche soziale Kompetenz hervorzuheben. Da sie aber bereits im Voraus wisse, dass CDU und FDP aus finanzpolitischer Verantwortung weiteren freiwilligen Leistungen nicht zustimmen würden, seien ihre Motive leicht durchschaubar, so Breiter.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende weist auch den in diesem Zusammenhang gemachten Vorwurf des mangelnden Gestaltungswillens zurück. Natürlich sei es leichter bei vollen Kassen politisch etwas zu gestalten. Es sei aber phantasielos, wenn gestalten immer nur Geld ausgeben bedeute. Die Mehrheit im Kreistag habe in den letzten Jahren zum Beispiel mit der Privatisierung der Kreiskrankenhäuser durchaus Gestaltungswillen und Gestaltungsfähigkeit bewiesen.

Breiter machte noch einmal deutlich, dass alle zusätzlichen Ausgaben durch Kredite finanziert werden müssen. Für die FDP-Fraktion sei es aber ein Unterschied ob Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen kreditfinanziert werden müssten oder Ausgaben für den Konsum. Daher habe sich seine Fraktion auch für eine zusätzliche Unterstützung der Eutiner Festspiele ausgesprochen. Kulturförderung sei Tourismusförderung. Und in einem der tourismusintensivsten Kreise Deutschlands sei dies auch gleichzeitig Wirtschaftsförderung, betont Breiter.

FDP-Kreistagsfraktion- Ostholstein

Die FDP-Kreistagsfraktion habe auch der Bereitstellung von Kreismitteln zur Förderung der Krankenhäuser nach dem Konjunkturpaket II zugestimmt, weil damit in nicht unerheblichem Umfang Aufträge für die heimische Wirtschaft ausgelöst wurden.

Den Hinweis auf das Konjunkturpaket II nahm Breiter aber auch gleichzeitig zum Anlass, die Bundesregierung zu kritisieren. Bei diesem Gesetz wurde wieder einmal deutlich, dass in Berlin Gesetze beschlossen werden, deren finanzielle Auswirkungen die Kommunen dann teilweise mitzutragen haben.

Dies gelte auch für das nun verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Es sei nur zu hoffen, dass die in Berlin ausgehandelte Kompensation auch bei den Kommunen ankommen, um ihre finanziellen Mindereinnahmen auszugleichen, sagte Breiter.

Und weiter: „Wenn der Bund Förderprogramme auflegt, dann soll er sie auch bezahlen.“

Breiter machte auch keinen Hehl daraus, dass es ihm lieber wäre, man würde in Berlin weniger über Steuerentlastungen reden, sondern mehr an der Schaffung eines einfachen und transparenten Steuersystems arbeiten. Steuerentlastungen seien wichtig. Sie müssten sich aber durch eine Verbreiterung der Basis weitgehend selbst finanzieren. Dies sei möglich durch den Wegfall der vielen Sonderregelungen sowie durch die Schaffung von Anreizen, in Deutschland und nicht in Steueroasen, zu investieren. Zu Letzterem könne sicher auch ein attraktives Steuersystem beitragen.

Für das kommende Jahr erwartet der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion mit der Neuregelung der Betreuung von Hartz IV-Beziehern ab 2011 eine große Herausforderung für Verwaltung und Selbstverwaltung des Kreises. Die vom Verfassungsgericht beanstandete Rechtsform der Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) führe voraussichtlich künftig wieder zu getrennter Aufgabenwahrnehmung von Agentur für Arbeit und Kommunen. Und dies alles, weil der Bundesgesetzgeber in den vergangenen Jahren nicht in der Lage war, eine verfassungskonforme Regelung zu schaffen. Darüber könne man nur den Kopf schütteln, sagte Breiter abschließend.